Unser Programm zur
Kommunalwahl 2021

GRÜNE Politik ist auch in Maintal **menschlich und zukunftsorientiert**: Wir wollen allen Menschen in unserer Stadt die besten Voraussetzungen für ein glückliches und selbstbestimmtes Leben bieten und gleichzeitig Natur und Umwelt schützen, was gerade unter dem Eindruck des Klimanotstands von vordringlicher Bedeutung ist.

Wir wollen Kindern und Jugendlichen ein Umfeld bieten, das bildungsgerecht und inklusiv ist und Chancengleichheit gewährleistet. Wir wollen Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Wir wollen Armut bekämpfen und Menschen befähigen, ihr Leben eigenständig gestalten zu können. Wir möchten ein eigenständiges Leben auch im Alter gewährleisten und setzen uns für eine wohnortnahe ärztliche Versorgung ein. Wir wollen Migrant*innen willkommen heißen und ihnen die Integration erleichtern.

Wir wollen eine Gesellschaft, die Vielfalt als Stärke begreift und nachhaltig mit Natur und Umwelt umgeht. Wir wollen die Lebensbedingungen vor Ort menschlich gestalten und verstehen unter Mobilität mehr als das Auto. Wir setzen uns für Tier- und Naturschutz ein und kämpfen auch weiterhin für eine wirkliche Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr.

Für all dies und mehr stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Maintal. Wir möchten auch künftig Verantwortung für unsere Stadt übernehmen und werben dafür um Ihr Vertrauen.

GRÜNE THEMEN

Inhaltsverzeichnis

1 Klimaschutz und Energie ... 3
1.1 Allgemeines zu Klimaschutz und Energie ... 3
1.2 Die städtischen Unternehmen ... 5
2 Umwelt und Naturschutz ... 6
2.1 Umweltschäden der Landwirtschaft minimieren ... 6
2.2 Abfallwirtschaft, Abfallvermeidung und Abwässer ... 6
3 Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen ... 8
3.1 Regionalpark und Park-Stadt Maintal ... 8
3.2 Soziales Wohnen in Maintal ... 8
3.3 Wohnen und Klima ... 9
3.4 Lärmschutz verbessern ... 10
4 Verkehr: Stadt der kurzen Fuß- und Radwege! ... 12
4.1 Kfz-Primat zurückdrängen ... 12
4.2 Öffentlicher Personen-Nahverkehr ... 13
4.3 Radfahren ... 14
4.4 Fußgänger*innen ... 14
5 Bürger*innenbeteiligung ... 16
5.1 Allgemeines zur Bürger*innenbeteiligung ... 16
5.2 Demokratie stärken, Solidarität sichern ... 16
6 Gleichberechtigung ... 18
6.1 Allgemeines zur Gleichberechtigung ... 18
7 Weltoffenes Maintal ... 20
7.1 Gegen Ausgrenzung und Rassismus ... 20
8 Kinder ... 23
8.1 Frühkindliche Bildung ... 23
8.2 Schulen und (Nachmittags-)Betreuung ... 24
8.3 Städtische Einrichtungen der Kinder-/Jugendarbeit ... 26
9 Jugend ... 27
9.1 Allgemeines zur Jugendpolitik ... 27
9.2 Kommunale Jugendarbeit während und nach der Corona-Krise ... 28
10 Senior*innen ... 29
10.1 Allgemeines zu Senior*innen ... 29
10.2 Kommunale Dienstleistungen, medizinische Versorgung ... 30
11 Finanzen / Wirtschaft ... 31
11.1 Ausblick Finanzen ... 31

1 Klimaschutz und Energie

Nach Vorstellung unserer Gedanken zu und Ziele für Klimaschutz und Energie werden in diesem Kapitel noch kurz die beiden dabei maßgeblichen städtischen Unternehmen präsentiert.

1.1 Allgemeines zu Klimaschutz und Energie

Die Bedeutung des Klimaschutzes ist in den letzten fünf Jahren nochmals drastisch gewachsen. Da die Klimaveränderungen sehr viel schneller und deutlicher eintreten als erwartet, haben viele Kommunen den Klimanotstand ausgerufen. Hintergrund ist, dass auch bei uns die weltweite Klimakatastrophe inzwischen deutlich zu spüren ist.

- Mehrere viel zu warme und zu trockene Jahre reihen sich hintereinander. Die Folgen sind Ernteverluste, Starkregenereignisse, Stürme, Waldschäden und ein Abschmelzen der Alpengletscher.
- Insbesondere die jüngeren Generationen spüren, dass ihre Zukunft zunehmend bedroht ist und fordern schnelles und wirksames Handeln gegen den Klimawandel. Die Maintaler GRÜNEN unterstützen daher die Ziele der Fridays for Future-Bewegung.

GRÜNE Stadtverordnete in Maintal haben schon sehr frühzeitig das Klimathema in die kommunalen Gremien eingebracht. Durch Initiative und mit Unterstützung der GRÜNEN wurde ein „integriertes Klimaschutzkonzept für Maintal“ und ein beispielhaftes Förderkonzept verabschiedet. Es setzt finanzielle Anreize für die Dämmung von Gebäuden, für energieeffiziente Heizungen und für den Fahrradverkehr.

Ganz aktuell haben die Maintaler GRÜNEN für weitere wichtige Schritte in Richtung klimaneutrale Kommune Unterstützung gefunden.

- Über die städtischen Maßnahmen, Beschlüsse und Grundsatzentscheidungen zum Klimaschutz wird möglichst jährlich in geeigneter Form - auch öffentlich - berichtet. Das Klimacontrolling entwickelt ein Konzept zur Information der Bürger*innen.
- Es wird ein Aktionsplan „Klimaschutz Maintal“ unter Beteiligung von Bürger*innen, Expert*innen, Politik, Unternehmen und Verbänden entwickelt. Zielsetzung ist, die einzelnen Klimamaßnahmen zu strukturieren, die öffentliche Akzeptanz zu erhöhen und Vorhaben schneller zu realisieren.
- Bis zum Jahr 2030 sollen alle Gebäude der Stadtverwaltung, Bürgerhäuser, Kitas etc. klimaneutral werden. Gleiches gilt für alle städtischen Unternehmen wie Maintal Immobilien Gesellschaft (MIG), Maintal-Werke GmbH (MWG), Stadtverkehr Maintal (
- SVM).
- Es wird ein Klimacontrolling aufgebaut. Dieses erfasst die Klimarelevanz einzelner Produktbereiche, prüft Beschlussvorlagen des Magistrates und der Parteien an die Stadtverordnetenversammlung auf Klimawirksamkeit und erstellt bei Bedarf Klimabilanzen. Zum Klimacontrolling

gehören auch Klimaverantwortliche in allen Fachbereichen, die Vorschläge zur CO2-Reduzierung einbringen.

- Alle relevanten Satzungen, Richtlinien und Verordnungen der Stadt Maintal sollen auf Klimarelevanz überprüft und bei negativen Wirkungen sollen klimafreundlichere Alternativen vorgeschlagen werden.
- Im Rahmen der laufenden Überarbeitung des Klimaschutzkonzeptes werden die bisher beschlossenen Klimaziele für Maintal überprüft und an veränderte Rahmenbedingungen angepasst.
- In weiteren Einzelbeschlüssen werden deutliche Verbesserungen der Radwege, des klimafreundlichen Wohnens und das Projekt „Ein Baum für jeden Bürger“ verabschiedet.
- Der Nutzen eines unabhängigen Klimabeirates soll untersucht und das Ergebnis den städtischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt werden. Darin sind auch die möglichen Aufgaben und Arbeitsinhalte eines unabhängigen Klimabeirates darzustellen und zu bewerten.

Diese sehr anspruchsvollen Klimaziele für Maintal können gegenwärtig kaum umgesetzt werden, weil es bisher nur wenige Stellen für diese Aufgaben gibt.

Für die Politik der GRÜNEN bedeutet dies, dass sehr schnell alle notwendigen Stellen zur Umsetzung der beschlossenen Klimaziele geschaffen und besetzt werden!

Klimaschutz geht nur mit Menschen

1.1.1 Was wir erreicht haben

- ✓ Vor 25 Jahren ist Maintal Mitglied im Klima-Städtebündnis und in der Hessischen Nachhaltigkeitsstrategie „100 Kommunen für den Klimaschutz“ geworden
- ✓ Fortschreibung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes für Maintal
- ✓ Klimaförderprogramm für Maintaler Bürger*innen
- ✓ Die vollständige Übernahme der Maintal-Werke GmbH durch die Stadt Maintal
- ✓ Contracting-Projekte bei der Erneuerung von Heizungen, Photovoltaik etc.
- ✓ Energieberatung für Kunden der Maintalwerke

1.1.2 Was wir wollen

- ⚠ Vollständiger Kauf der Netze für Strom, Wasser und Gas durch die MWG
- ⚠ Mindestens 50% eigene regenerative Energieerzeugung bis 2030 durch die MWG
- ⚠ Zug um Zug Verringerung des Angebotes von Atom- und Kohlestrom-Mix zu Gunsten von realistischen Ökostromangeboten
- ⚠ Die Energiekonzepte der MWG für Neubauprojekte müssen 100 % klimaneutral sein

- Schnellstmögliche Erreichung der Klimaneutralität aller städtischen Gebäude, spätestens bis 2030
- Förderung des Ausbaus von Solarstrom und Sonnenkollektoren
- Flächendeckender Ausbau des Ladenetzes für die E-Motorisierung
- Erstellung eines ökologischen Energiekonzepts für alle öffentlichen Gebäude
- Entsprechende Initiativen und Vorschläge für Haushalte, Gewerbe sowie eine industriestädtische Begrünungsinitiative mit Bäumen, Büschen und Dachbegrünungen zur Verbesserung des städtischen Mikroklimas. Eine Förderung analog „Frankfurt frischt auf" ist wünschenswert.
- Verwendung von Asphalt, der im Sommer die Hitze nicht so stark aufnimmt und reflektiert (höherer Anteil von hellem Schotter im Asphalt) ist wünschenswert

1.2 Die städtischen Unternehmen

Treibriemen für klimagerechte Entwicklung und preiswertes Wohnen

1.2.1 Maintal-Werke GmbH (MWG)

Die GRÜNEN haben gegen alle Widerstände für die Maintal-Werke gekämpft und haben sie gemeinsam durchgesetzt. Wir sehen uns heute ökologisch und ökonomisch bestätigt:

Der MWG-Überschuss von 2-3 Mio. € pro Jahr finanziert den Stadtbusverkehr, das Maintalbad und den Bau bezahlbaren Wohnraums.

Die MWG hat im Gesellschaftervertrag mit der Stadt Maintal den klaren Auftrag erhalten, den Bürger*innen in Maintal Energiedienstleistungen zur möglichst sparsamen und umweltschonenden Energieverwendung anzubieten. Zu diesem Zweck sollen **erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Klimaschutz vor Ort** und in der Region gefördert werden. Die GRÜNEN setzen dabei insbesondere auf Mieterstromprojekte und auf Projekte zur Eigenversorgung der MWG mit erneuerbarer Energie. Die 1000 Dächer Solarprogramme sind in Maintal genau so wenig erfüllt wie das Ziel von 50% selbst erzeugter regenerativer Energie durch die MWG bis 2030.

1.2.2 Maintaler Immobilien Gesellschaft (MIG)

Die MIG ist ein Instrument, um die Gewinne aus der Vermarktung von Wohngebieten nicht weiter ausschließlich privaten Investoren zu überlassen, sondern sie in Maintal, in kommunaler Hand zu belassen und sie so für die Bürger*innen einzusetzen.

Sie ist weiterhin ein Werkzeug, um Wohngebäude mit dem gewünschten 30%igen Anteil **bezahlbaren Wohnraum**s auch dort zu errichten, wo sich trotz Ausschreibung keine privaten Investoren finden lassen.

2 Umwelt und Naturschutz

Wir haben keinen PLANET B

2.1 Umweltschäden der Landwirtschaft minimieren

In Maintal werden Äcker und Wiesen meist konventionell bearbeitet. Ausgeräumte Landwirtschaftsflächen (Hartig, Hohe Straße, Wachenbuchen) sind häufig zu finden. Zum Natur- und Umweltschutz gehört aber auch die Entwicklung einer ökologischen, klimaverträglicheren Landbewirtschaftung. Nur umweltverträgliche Anbaumethoden können eine (weitere) Nitratbelastung des Grundwassers und den Einsatz des gesundheitsschädlichen Herbizids Glyphosat verhindern. Deshalb fordern die Maintaler GRÜNEN eine Unterstützung der ökologischen Landwirtschaft. Direktvermarktung ist dabei der konsequente Weg und eine zu schaffende „Gentechnikfreie Zone Maintal“ ist der beste Werbeträger für Produkte „ohne Gentechnik“. Die ökologisch besonders bedeutsamen Streuobstflächen in Maintal sollen besser als bisher erhalten und ausgebaut werden.

Die Lebensmittel für die Gemeinschaftsverpflegung der städtischen Kitas sollen aus der Region bezogen werden, vorzugsweise aus ökologischer Landwirtschaft.

2.1.1 Was wir erreicht haben

- ✓ Kein Gentechnikeinsatz und Verbot des Unkrautvernichters Glyphosat sowie chemisch-synthetische Pestizide auf kommunalen Flächen, Gehwegen und Hausgärten
- ✓ Gentechnikfreies Essen mit hohem Regional- und Öko-Anteil in den Kitas

2.1.2 Was wir wollen

- ⚠ Vernetzung aller unter Schutz gestellter Flächen in Maintal
- ⚠ Erhalt der grünen Mitte und von Naturdenkmälern wie der Flugsanddüne
- ⚠ Erhalt und Erneuerung der Maintaler Streuobstwiesen u. a. durch
  - Gewinnung neuer Pächter/-innen
  - Streuobstpädagogik an Kitas und Schulen
  - Information über ökologische und kulinarische Vielfalt auf den Streuobstwiesen
- ⚠ Förderung von ökologischem Landbau auf Maintaler Gemarkung
- ⚠ Klares Verbot der Versiegelung von Vorgärten durch Steine, Schottervorgärten o. Ä. und Verbot von invasiven Pflanzenarten

2.2 Abfallwirtschaft, Abfallvermeidung und Abwässer

Aktuell muss die **Abfallentsorgung** in Maintal wieder europaweit neu ausgeschrieben werden. Es ist bisher immer wieder gelungen, dass ein Maintaler Unternehmen den Zuschlag erhalten hat. Bevor diese Aufgabe jedoch an große Müllkonzerne gehen sollte, sprechen sich die GRÜNEN für

die Übernahme der Abfallentsorgung in kommunale Trägerschaft aus. Neue umweltverträglichere Müll-Konzepte könnten so leichter verfolgt werden.

Beim Hausmüll pro Kopf ist Deutschland fast Spitzenreiter in der EU. Es ist erfreulich, dass angesichts der vielen überflüssigen Verpackungen wie beispielsweise Plastikschalen bei Obst und Gemüse immer mehr Initiativen und Läden gegen den Verpackungsmüll entstehen. Die GRÜNEN setzen sich daher für Initiativen gegen Verpackungsmüll ein.

Der **Abwasserbeseitigung** kommt durch die Klimaveränderung und die immer trockeneren Sommern besondere Bedeutung zu. Die Siedlungs-Niederschläge sollten flächendeckend versickert und/oder in Zisternen gesammelt und wiederverwertet werden, um die **Grundwassersituation** zu **verbessern**. Bei Neubauten sind Regenwassersammelanlagen bisher schon Pflicht. In einigen Abwasserkanälen in Maintal wird aber Regenwasser- und Schmutzwasser noch zusammen in einem Kanal zur Kläranlage transportiert. Die GRÜNEN wollen eine strikte Trennung mit ortsnaher Versickerung des Regenwassers.

Abwässer können trotz biologischer Reinigung auch aktive multiresistente Keime oder Viren enthalten, die erst durch zusätzliche Reinigungsstufen endgültig abgetötet werden. Wir setzen uns bei den Gemeinschaftsreinigungsanlagen von Maintal/Hanau für solche wirksamen zusätzlichen Reinigungsstufen ein.

2.2.1 Was wir wollen

- Vermeidung von Abfall z. B. durch einen Unverpackt-Laden
- Wir unterstützen Initiativen zur Vermeidung von Plastik in der Verpackung oder im Haushalt
- Ergänzung der Konzeption der Kleinmüllplätze um einen Wertstoffhof bzw. ein Recyclingzentrum zur Sammlung/Wiederverwertung von unbehandeltem Holz, Bauholz und Baumaterial
- Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten zur Abfallpolitik z. B. in Zusammenarbeit mit Schulen und Kindergärten
- Trennung aller Abwasserkanäle für Regen- und Schmutzwasser mit anschließender Versickerung des Regenwassers
- Förderung von Regenwassersammelanlagen im Gebäudebestand
- Umbau der Rotteboxen in der Kompostierungsanlage zur Biogasgewinnung
- Zusätzliche Reinigungsstufen in den Kläranlagen, damit alle Mikroorganismen, Mikroplastik und Schadstoffe möglichst vollständig beseitigt werden

**Alle reden von CORONA.
Wir reden auch vom WETTER.
Für ein besseres KLIMA.**

3 Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen

Maintal besteht aus vier Stadtteilen, die ihre Identität über mehr als vierzig Jahre bewahrt haben - dies soll auch so bleiben. Ziel von Stadtentwicklung sollte daher sein, die einzelnen Schwerpunkte der Stadtteile weiter zu entwickeln. Dadurch bleiben die Identitäten erhalten, und sie können auf die übrigen Stadtteile ausstrahlen. Eine städtische Einheit „Maintal" im Sinne der Bürger*innen der Ortsteile baut darauf auf und kann sich nur durch die Stärkung der Vielfalt der Ortsteile entwickeln.

Stadtentwicklung: lebenswert und grün

3.1 Regionalpark und Park-Stadt Maintal

Die Errichtung der Regionalparkrouten und der „Grünen Mitte Maintal" bieten die Chance, diese zentralen Erholungsflächen Maintals aufzuwerten: Durch Spielflächen, Kunst in der Natur und einer ökologischen Aufwertung soll ihr Erholungswert und ihre Attraktivität steigen.

Durch die besondere Lage der Maintaler Ortsteile im Grünen bietet sich die Entwicklung einer „Park-Stadt Maintal" im Regionalpark an, deren Stadtteile durch parkartig gestaltete Grünkorridore verbunden sind. Eine offensive Vermarktung mit Etablierung der **Marke „Park-Stadt Maintal"** wird den gewünschten Zuzug junger Familien mit Kindern unterstützen. Dieses Park-Stadt-Konzept der GRÜNEN entspricht auch weitgehend den Ergebnissen des **Bürgergutachten**s, das von attraktiv gestalteten sogenannten „Stadtachsen" spricht. Zwischen Wachenbuchen und Hochstadt und Bischofsheim und Dörnigheim/Hochstadt sollen diese Stadtachsen ebenfalls „grün" gestaltet werden, zwischen Hochstadt und Bahnhof-Dörnigheim wird von einer bebauten Achse gesprochen.

Einige unserer **Ortseingänge** wirken nach wie vor ausgesprochen unattraktiv, insbesondere der Ortseingang Bischofsheim vom Main kommend und Dörnigheim aus Richtung Wilhelmsbad („Opeleck"). Städtebauliche Konzepte, die diese Situation verbessern, werden von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN unterstützt.

3.2 Soziales Wohnen in Maintal

In den letzten Jahrzehnten sind die Einwohnerzahlen von Maintal eher stagniert bzw. sind leicht rückläufig gewesen. Dieser Trend hat sich in den letzten Jahren umgekehrt. Es wurde deutlich, dass auch in Maintal bezahlbarer Wohnraum fehlt. Grundsätzlich herrscht in Maintal - wie in den meisten Kommunen des Rhein-Main-Gebiets - ein erheblicher Druck auf den Wohnungsmarkt, was zu vergleichsweise hohen Mieten führt.

In Maintal wird es eine zentrale Zukunftsaufgabe sein**, preiswerten Wohnraum** zu **schaffen**. Zudem wurde festgelegt, dass bei allen Neubauten eine Sozialbindung bei mindestens 30% der neuen

Wohnungen eingehalten werden muss. Bei der Planung werden wir darauf achten, dass keine benachteiligende Sozialstruktur durch Konzentration in einzelnen Mehrfamilienhäusern entsteht.

Die alleinige Fokussierung auf die Forderung nach „bezahlbarem Wohnraum" reicht jedoch für ein zukunftsfähiges soziales und generationengerechtes Wohnen nicht aus. Wesentliche Eigenschaften der Wohnqualität wie das soziale Miteinander, sowohl im Haus als auch in der Nachbarschaft und im öffentlichen Raum, werden dabei weitgehend übersehen. Das soziale Miteinander lebt von der Kommunikation, vom einander sehen, hören, miteinander sprechen. Wohnungsbau muss deshalb auch dieses soziale Miteinander fördern. Das bedeutet konkret, dass die Aufenthaltsqualität von „öffentlichen Begegnungsräumen" beispielsweise Flure und Treppenhäuser, Höfe und Gärten aufgewertet werden müssen. Statt toter Autoabstellplätze wollen wir Kommunikationslauben. Die GRÜNEN werden deshalb darauf achten, dass insbesondere beim Bau von Mehrfamilien- und Reihenhäusern diese Ziele angemessen berücksichtigt werden.

3.3 Wohnen und Klima

Klimastudien zeigen, dass im Gebäudesektor eine massive Steigerung der energetischen Sanierungsrate extrem wichtig ist, um frühzeitig Klimaneutralität zu erreichen. Um diese Steigerung zu ermöglichen, ist ein umfassender Maßnahmenmix des Bundes nötig. In Maintal gibt es Fördermittel zum Auswechseln alter, fossil betriebener Heizungen (Öl). Häufig wird dabei jedoch noch auf Erdgas gewechselt. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Wärmepumpen in Maintal gefördert werden.

Ein Großteil der Wohnquartiere in den Maintaler Ortsteilen ist in den sechziger und siebziger Jahren entstanden (Altbestand). Wir wollen, dass diese **Quartiere klimagerecht modernisiert** werden. Dazu gehören städtebauliche Maßnahmen wie die gleichberechtigte Umgestaltung der Verkehrsräume, Schaffung von Aufenthaltsbereichen, Begrünungen sowie fußläufig erreichbare Einkaufs- bzw. Versorgungsmöglichkeiten im nahen Wohnumfeld. Bei diesen Veränderungen muss berücksichtigt werden, dass Selbstbestimmung und soziale Teilhabe gerade in den Altquartieren, wo die Menschen bis ins hohe Alter leben, besonders wichtig ist.

Vorrang bei der Wohnbebauung sollte weiterhin eine Arrondierung freiwerdender Flächen, Hinterhofbebauungen, Aufstockungen oder Umwandlung von leerstehende Einzelhandelsflächen in Wohnraum oder Büros haben. **Neuversiegelungen** sind möglichst zu **vermeiden**.

Die Maintaler Wohnbaugenossenschaft muss als bedeutender Bauträger für bezahlbaren Wohnraum stärker unterstützt werden. Wir werden auch darauf achten, dass die vom Land bereitgestellten Gelder für den Wohnungsbau in Maintal optimal genutzt und dass mindestens 30% der Mittel für den Sozialwohnungsbau verwendet werden.

Gleichzeitig müssen die Baugebiete den Erfordernissen der Umwelt Rechnung tragen: Ressourcensparender Verbrauch von Fläche, Energie und Wasser!

3.3.1 Was wir erreicht haben

✓ Das neue Wohngebiet in der Eichenheege wird fast klimaneutral betrieben

✓ Dämmung und Heizungssanierungen werden über das Klimaförderkonzept finanziell gefördert

3.3.2 Was wir wollen

- Klimaneutrale Baugebiete und ökologische Leitlinien für den Neubau, z. B. faire Wärme (klimafreundlich, erneuerbar, bezahlbar)
- Neue Wohn- Verwaltungs- und Gewerbegebäude nur noch in Passivhausqualität
- Klimagerechte Quartierssanierungen von Altbaugebieten
- Mehr bezahlbaren, familiengerechten Wohnraum
  (Am Berghof in Wachenbuchen, ehemaliges Ambrosius-Gelände in Dörnigheim, Kennedystraße/ Kesselstädter Weg in Dörnigheim als kommende Baugebiete)
- Begrenzung von Versiegelung und Flächenverbrauch durch Einfamilienhäuser. Stattdessen mehr Geschosswohnungsbau im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts
- Verbesserungen des Wohnumfelds und bezahlbare, umweltverträgliche Wohnquartiere müssen erhalten und ausgebaut werden (Sozialwohnungsbau und genossenschaftliche Projekte). Alle Bauvorhaben müssen die geforderten hohen Umwelt- und Nachhaltigkeitsanforderungen einhalten und familien-, alten- sowie behindertengerecht geplant und umgesetzt werden
- Die erfolgreiche Arbeit der sozialen Stadterneuerung muss notfalls aus städtischen Mitteln fortgesetzt werden
- Aufbau eines sozialen und kulturellen Treffpunkts (beispielsweise als Lese-Café) in Wachenbuchen und ein Stadtteiltreff im Westend Dörnigheim ist notwendig
- Nahversorgung, täglicher Bedarf, Kleingewerbe, Handwerker etc. – neues Vorstadtkonzept
- Bei der Ansiedlung neuer Unternehmen in den Gewerbegebieten „Am Regionalpark" in Bischofsheim (Flur 15/16, Bruno-Dreßler-Straße) oder Maintal-West sollen Konzepte entwickelt werden, die möglichst umweltverträgliche Unternehmen und Dienstleister ansprechen
- Flächendeckender Glasfaseranschluss zur Ermöglichung von Homeoffice/Ansiedelung von Selbständigen und damit Vermeidung von Pendlerverkehr und Belebung der Stadt (keine Schlafstädte mehr)

3.4 Lärmschutz verbessern

Die wachsende Belastung durch den Frankfurter Flughafen, die das Stadtgebiet durchschneidende A66 und der Bahnverkehr, bei dem mit erheblichem Zuwachs beim Gütertransport zu rechnen ist, sind Hauptursachen für die Belastung Maintals mit Verkehrslärm. Der vorrübergehende Rückgang des Fluglärms durch Corona wird nicht von Dauer sein. Wir halten Tempo 100 auf der A66 ganztags und nicht nur nachts für notwendig. Zudem fordern wir Verbesserungen des Lärmschutzes, wie im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für die Nordmainische S-Bahn von den GRÜNEN gefordert und zusätzlichen Lärmschutz auf beiden Seiten der A66.

Maintal ist mit anderen betroffenen Anliegerkommunen Mitglied in der **Fluglärmkommission**. Die Maintaler GRÜNEN unterstützen ein gemeinsames Auftreten der betroffenen Kommunen und Landkreise gegen den Fluglärm, der nach der Corona-Pandemie wieder zunehmen wird.

Der Bau der Landebahn Nordwest war, ist und bleibt ein Fehler, den CDU, SPD und FDP gemeinsam beschlossen haben. Diesen Fehler können wir nicht ungeschehen machen. Eine Stilllegung

der Landebahn Nordwest ist aber leider wenig realistisch und auch das Terminal 3 ist inzwischen im Bau. Wir bedauern das sehr! Es gibt jedoch eine Reihe von Maßnahmen, die die Lärmquelle Flughafen verträglicher für die betroffenen Anwohner machen können.

3.4.1 Was wir wollen

Flughafen:

- Einführung des CDA-Verfahrens (Constant descent approach)
- Anhebung der Gegenanflüge auf die ursprüngliche Höhe von 1.500 m
- Eine Erhöhung des Anfluggleitwinkels
- Selbstverständlich weiterhin ein echtes Nachtflugverbot von 22 – 6 Uhr
- Lärmobergrenzen und Deckelung der Flugbewegungen auf 400.000 pro Jahr
- Schluss mit der Subventionierung des Flugverkehrs z. B. durch fehlende Kerosin- und Mehrwertsteuer
- Verbot von Kurzstreckenflügen

Auto- und Schienenverkehr:

- Verlagerung des innerdeutschen Flugverkehrs auf die Schiene
- Tempo 100 auf der A66 im gesamten Stadtgebiet für 24 Std. und nicht nur in den Nachtstunden
- Verbesserung des aktiven Schallschutzes an der Bahnlinie, Autobahn und Querspange

Nachtruhe statt Nachtflug:
WOHNEN ohne Lärm

4 Verkehr: Stadt der kurzen Fuß- und Radwege!

Klimagerechter Verkehr bedeutet für Maintal, dass der Verkehrsraum neu aufgeteilt werden muss. Den Fußgänger*innen und dem Radverkehr müssen deutlich mehr Raum gegeben werden, da die häufig viel zu schmalen bisherigen Rad- und Fußwege nicht mehr sicher genug sind. Das bedeutet **innerorts möglichst vielfältige Radwegverbindungen** zwischen und innerhalb der Ortsteile. Sie müssen zudem gut ausgebaut und breit genug sein, um den zunehmenden Radverkehr, Lastenräder und e-Bikes aufnehmen zu können.

Dazu müssen innerorts auch ganz neue Wege beschritten werden. Beispielsweise sind Umwidmungen von Autospuren zu Radwegen oder Fahrradstraßen in Parallelwegen zu Sammelstraßen möglich, wenn keine Schutzstreifen eingerichtet werden können.

Dieses Klimaszenario bedeutet auch, dass vermehrt mit Einbahnstraßen zu planen ist, um Platz für Fuß und Rad zu schaffen. Bei einem aktuell rechtlich notwendigen Abstand von 1,50m zu allen Radfahrer*innen wird es auch in Maintal notwendig, solche Wege zu gehen.

Genauso wie die innerörtlichen Wege müssen auch die **Fuß- und Radwege nach Frankfurt, zur Hohen Straße und nach Hanau** optimiert werden. Mit „Radius7“ sind Verbindungen in Richtung Hohe Straße und Schöneck schon in Planung.

Viele Schritte sind in Maintal in diese Richtung schon getan, beschlossen oder im Integrierten Verkehrsentwicklungsplan vorgeschlagen. Entscheidender Mangel sind zurzeit die fehlenden Stellen für die Umsetzung. Einige Radwege hätten schon längst gebaut werden können, wenn Planungsstellen vorhanden wären. Denn am Geld fehlt es nicht. Die Landesförderung für Radwege liegt häufig bei 90% der Kosten.

4.1 Kfz-Primat zurückdrängen

So müssen in den vielen primär autogerecht gestalteten Altquartieren mit Mini-Bürgersteigen und hohem Kfz-Verkehrsaufkommen neue gleichberechtigte Beziehungen aller Verkehrsteilnehmer geschaffen werden. Als Vorbild kann hier die Dörnigheimer Altstadt dienen (Tempo 20 – Geschäftsbereich, ohne Gehwege). Alle Maßnahmen müssen für junge Familien mit Kindern, für ältere und für mobilitätseingeschränkte Menschen gestaltet werden. Auch in engen Straßenzügen ist eine Begrünung vorzusehen, um die Aufenthaltsqualität zu verbessern. **Die Stadt muss wieder den Menschen gehören**: Ziel grüner Verkehrspolitik ist es deshalb vor allem den sogenannten Umweltverbund zu stärken, das heißt Zu-Fuß-Gehen, Radfahren und Nutzung des ÖPNV.

Private PKW stehen in 95% der Zeit nur herum

4.1.1 Was wir erreicht haben

✓ In allen Wohngebieten wurden Tempo-30-Zonen eingerichtet

4.1.2 Was wir wollen

- Eine echte Verkehrswende: Halbierung des individuellen Autoverkehrs und Verdoppelung der Angebote des ÖPNV
- Maximal Tempo 40 auf den Grundnetzstraßen, besser noch wäre Tempo 30 flächendeckend und rechts vor links im gesamten Stadtgebiet (rechtlich bisher nicht möglich)
- Neue Wohnbaugebiete werden nur noch als verkehrsberuhigte Bereiche („Spielstraße") geplant, ältere entsprechend umgewandelt – Parken möglichst am Rand oder unterirdisch
- Verbesserung und Verbreiterung von Radwegen zwischen den Ortsteilen z. B. Wachenbuchen-Bischofsheim und zu den Nachbargemeinden
- Reduzierung des innerörtlichen Kfz-Verkehrs durch Parkraumbewirtschaftung, Hol- und Bringdienste, Fahrradabstellplätze etc.
- Unterstützung neuer Mobilitätskonzepte:
  - Schnelle Einrichtung von Öko-Stromtankstellen an öffentlichen Gebäuden und Park & Ride-Anlagen
  - Förderung des Car-Sharing
- Verkehrsverringernde Umgestaltung aller Ortseingänge
- Anlage eines Kreisels in Höhe der Zufahrt zum Gewerbegebiet West bei einer zusätzlichen Erschließung des Gewerbegebiets Bischofsheim-West

4.2 Öffentlicher Personen-Nahverkehr

Ein wichtiger Bestandteil des Umweltverbunds ist ein attraktiver ÖPNV, der in Maintal von zwei Säulen getragen werden muss:

- Stadtbusverkehr Maintal: Seine Qualität muss durch eine ausreichende Finanzierung so gut sein, dass noch mehr Bürger*innen die Vorteile z. B. für den Weg zur Arbeit erkennen. Es darf nicht länger bei jeder Gelegenheit am Stadtbusverkehr gespart werden.
- Ausbau des Schienenverkehrs, insb. schnelle Realisierung der Nordmainischen S-Bahn.

PKW-Verkehr halbieren, ÖPNV-Angebot verdoppeln

4.2.1 Was wir erreicht haben

- ✓ Überarbeitung des Stadtbusverkehrs und Einführung von Schnellbuslinien
- ✓ Verbesserung der Tarifstruktur des RMV, speziell nach Frankfurt Enkheim
- ✓ Verringerung der Einstiegshöhe an den Bahnhöfen

4.2.2 Was wir wollen

- Stadtbusverkehr Maintal weiter stärken:
  - Anbindung an die Ankunftszeiten der U-Bahn Enkheim in den späteren Abendstunden und am Wochenende
  - Umstellung der Busflotte auf umweltfreundliche und lokal emissionsfreie Antriebe
- Bahnverkehr: 15 Minuten-Takt im Berufsverkehr nach Hanau und Frankfurt, sonst 30-Minuten-Takt (auch abends und am Wochenende)
- Verbesserung der Tarifstruktur nach Frankfurt und Hanau
- Aufnahme eines möglichst emissionsarmen Fährbetriebs zwischen Dörnigheim und Mühlheim, zumindest für Radfahrer- und Fußgänger*innen

4.3 Radfahren

Innerörtliche Straßen sollen so umgestaltet werden, dass Radfahren gefahrlos möglich wird. Dabei sind die Interessen der Anlieger, wie z. B. im Rumpenheimer Weg, angemessen zu berücksichtigen.

Mehr Infrastruktur für Radfahrende und Fußgänger*innen

4.3.1 Was wir erreicht haben

- ✓ Einrichtung von Radfahren gegen Einbahnstraßen
- ✓ Integriertes Verkehrsentwicklungskonzept

4.3.2 Was wir wollen

- Schnelle Umsetzung der schon beschlossenen Radwege
- Umsetzung aller im Integrierten Verkehrsentwicklungsplan vorgeschlagenen weiteren Radwegverbindungen zwischen den Ortsteilen
- Fahrräder auf die Straße
- Abschaffung der Radgehwege, denn Fahrräder gehören grundsätzlich auf die Straße
- Einrichtung von roten oder orangenen Radschutzstreifen auf den Hauptstraßen überall dort, wo möglich und sinnvoll
- Massive Investitionen zur Ertüchtigung und Ausbau aller bestehenden Radwege inklusive der notwendigen Stellen in der Stadtverwaltung
- Umwandlung von Autospuren in Radwege innerorts in Verbindung mit Einbahnstraßen
- Zügiger Ausbau der Schnellradwege

- Förderung und bessere Abstellmöglichkeiten:
  - Aufbau wettergeschützter Abstellmöglichkeiten an zentralen Orten
  - Ausbau der Bike & Ride-Anlagen an den Bahnhöfen
- Aufnahme der Kauf-Förderung von Lastenrädern ins Klimaförderprogramm
- Bessere Ausstattung der überörtlichen Radwege
  - Verbesserung der Radwegebeschilderung
  - Überörtlich geteertes Grundnetz unter Einbeziehung der Regionalparkrouten
  - Weitere Umsetzung des Radwegeplans

4.4 Fußgänger*innen

Wir wollen Maintal zu einer fußgänger*innenfreundlichen Stadt machen, dabei ist die Beruhigung der Straßen ein Schwerpunkt unserer verkehrspolitischen Arbeit.

4.4.1 Was wir erreicht haben

- ✓ Kreisverkehr in Alt Bischofsheim statt Ampelkreuzung

4.4.2 Was wir wollen

- Ausweitung verkehrsberuhigter Bereiche („Spielstraßen“) und Tempo 20-Gewerbebereiche
- Flächendeckende Durchsetzung des Gehwegparkverbots
- Erhöhung der Sicherheit von Fußgänger*innen, z. B. durch
  - Mehr Zebrastreifen - Vorrang der Fußgänger*innen vor motorisiertem Verkehr
  - Ampeln für den Fußverkehr an gefährlichen Punkten
  - Weitere Geschwindigkeitsreduzierungen auf Grundnetzstraßen
  - Verbesserte Beleuchtung durch lichtstarke und dabei stromsparende LED-Lampen

5 Bürger*innenbeteiligung

GRÜNE Politik stärkt Beteiligungsprozesse in allen Wohn- und Lebensbereichen

5.1 Allgemeines zur Bürger*innenbeteiligung

Traditionell findet ein großer Teil des bürgerschaftlichen Engagements vor allem in Turn-, Sport-, Musik- und Karnevalsvereinen statt. Es entstehen aber auch immer wieder Initiativen zu unterschiedlichen Themen wie zur Fähre in Dörnigheim oder zu den Streuobstwiesen. In den letzten Jahren sind als wesentlicher neuer Bestandteil der Bürger*innenbeteiligung die **Leitbildgruppen** hinzugekommen. Sie bearbeiten meist konkrete Projekte wie den Boule- und Aktivpark in Bischofsheim, die Fair-Trade-Stadt, Kino und Kunstwerke in den Stadtteilen, Mainufergestaltung in Dörnigheim, Mehrgenerationen-Wohnen, Wohnen und Leben im Alter sowie Ortsmitte Wachenbuchen. Sie alle schaffen zunehmend immer wichtigere Impulse für die kulturelle Entwicklung und die allgemeine Lebensqualität in Maintal.

Dieses Engagement der Bürger*innen ist bei Planungen und Entwicklungen zu berücksichtigen und sollte weiter ausgebaut werden. Insbesondere bei den Entscheidungen der Stadtentwicklung, die meist auf das Wohn- und Lebensumfeld entscheidende Auswirkungen haben, muss sichergestellt werden, dass die Bürger*innen sich einbringen können. Nur eine breite Bürger*innenbeteiligung garantiert, dass die Menschen sich mit ihrer Kommune identifizieren.

Was wir wollen

- Bürger*innenentscheide zu wesentlichen Themen in den Stadtteilen
- Strukturelle Verankerung von Beteiligungsprozessen bei allen Fragen zur Stadtentwicklung wie Wohnen, Wohnumfeld und Verkehr

5.2 Demokratie stärken, Solidarität sichern

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen uns zu unserer demokratischen Gesellschaft, in der alle Menschen gleich sind.

Dabei haben wir die Vision, verschiedene Interessen verbinden zu wollen immer mit dem Ziel der partizipatorischen Beteiligung an der Weiterentwicklung unserer Stadtgesellschaft.

- Der demokratische Meinungsstreit braucht eine starke und lebendige Zivilgesellschaft, Engagement und Bürger*innenbeteiligung, starke und freie Medien sowie gute Bildungseinrichtungen für alle.
- Demokratische Willensbildung bedeutet, dass alle Menschen gleichberechtigt an Meinungsprozessen beteiligt sind. Demokratie ermöglicht ein gesellschaftliches WIR!

- Politische Demokratie beginnt in den Kommunen. Hier erleben die Menschen unmittelbar und direkt die Auswirkungen der kommunalpolitischen Entscheidungen.

Unsere Politik kümmert sich um alle Menschen

Für uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht deshalb die **soziale Gerechtigkeit** im Zentrum unseres Handelns. Auch in Deutschland sind die Zugänge der Bürger*innen zu Bildung, Ausbildung und Einkommen sehr ungleich verteilt und driften immer weiter auseinander. Die Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung erfordern zusätzliche Anpassungen in der Kommune.

Viele soziale Leistungen sind Bundes- und Landesangelegenheiten. GRÜNE Sozialpolitik in der Kommune fördert eine sozial gerechte Entwicklung: Versorgung und Begegnung von Kindern, Jugendlichen, alten, kranken und behinderten Menschen.

Bezogen auf das **Grundrecht „Wohnen“** setzen wir uns für ein verbessertes Angebot von bezahlbarem Wohnraum ein. Bei zukünftigen Bauprojekten kommt es aber mehr und mehr darauf an, dass der Wohnungsbau das soziale Miteinander fördern muss. Wir brauchen Raum für zufällige Begegnungen, im und vor dem Haus. Aufenthaltsqualität in Fluren und Treppenhäusern anstelle minimaler Zugangswege, gerade mal unter Beachtung des Brandschutzes. Aufenthaltsqualität in Hof und Garten anstelle toter Autoabstellplätze.

6 Gleichberechtigung

Gleichberechtigte Lebensbedingungen für alle Geschlechter in unserer Gesellschaft sind nach wie vor zentrale Ziele grüner Politik

6.1 Allgemeines zur Gleichberechtigung

Gerade in der Zeit der Corona Pandemie ist in fast allen gesellschaftlichen Bereichen – egal, ob in den Familien oder in den systemrelevanten Berufen – sehr deutlich zu spüren gewesen, dass es die Frauen sind, die dafür zu sorgen hatten, dass das System „funktioniert".

Auf Initiative der GRÜNEN wurde 1987 in Maintal das Frauenbüro eingerichtet – das Erste im MKK und eines der Ersten in Hessen.

Mehr als drei Jahrzehnte **kommunales Frauenbüro** in der Stadt Maintal haben verdeutlicht, dass durch gezielte Maßnahmen innerhalb der Verwaltung den Anteil der Frauen in Führungspositionen erhöhen konnte, jedoch bedarf es weiterer Aktivitäten, um insbesondere auch für jüngere Frauen und Männer mit Kindern eine gleichberechtigte Teilnahme am Arbeitsmarkt zu sichern.

Die GRÜNEN in Maintal haben zuletzt auch die Anwendung der Gender Mainstreaming-Methode in der Stadtverwaltung und in der Kommunalpolitik durchgesetzt. Dadurch werden alle Maßnahmen und Entscheidungen vorab auf ihre Auswirkungen der Lebensbedingungen von Frauen und Männern überprüft.

Nur so kann es gelingen, dass Politik im Interesse der Frauen integraler Bestandteil aller kommunalpolitischen Maßnahmen und Entscheidungen wird. Das hessische Gleichberechtigungsgesetz verpflichtet insbesondere die Verwaltungsspitze frauenfördernde Maßnahmen einzuleiten und durchzuführen.

Der vom Stadtparlament beschlossene Frauenförderplan sieht die Besetzung höherwertiger Stellen mit Frauen vor, sofern sie dort unterrepräsentiert sind. Die Frauenbeauftragte hat dies zu überwachen und ist an allen relevanten Entscheidungen zu beteiligen.

6.1.1 Was wir erreicht haben

- ✓ Einführung von Gender Mainstreaming in der Stadtverwaltung Maintal
- ✓ Erhalt des Frauen-Nacht-Taxis
- ✓ Finanzielle Unterstützung des Frauenbeirates, insb. Ermöglichung von Öffentlichkeitsarbeit
- ✓ Umsetzung des Frauenförderplanes in der Stadt Maintal

6.1.2 Was wir wollen

- Eine entscheidende Voraussetzung für eine nachhaltige Frauenförderung ist eine bedarfsdeckende und zuverlässige Kinderbetreuung

- Fortführung des Gender-Mainstreaming-Konzeptes in Maintal, idealerweise Ausweitung über die Verwaltung hinaus
- Angebote für Frauen:
  - Langfristige Sicherung der Existenz des Maintaler Frauennacht-Taxis zu sozialverträglichen Preisen (ähnlich den Preisen des ÖPNV),
  - Möglichkeit des online-Erwerbs von Fahrscheinen
  - Stärkere Bewerbung des Frauen-Nachttaxis
  - Aufbau eines überörtlichen Frauen-Nachttaxis
  - Weitere langfristige Sicherstellung der finanziellen Unterstützung für das Frauenhaus in Hanau und die Beratungsstellen Lawine und Pro Familia "http://www.profamilia.de/angebote-vor-ort/hessen/hanau.html"
  - Ein eigenständiges, angemessenes Budget sowie eine angemessene personelle Ausstattung für das städtische Frauenbüro
  - Kulturangebote für Frauen und Mädchen in Maintal
  - Verabschiedung von verbindlichen Leitlinien zur Sicherung und zum Ausbau gezielter Angebote für Mädchen und junge Frauen in der städtischen Kinder- und Jugendpolitik durch die Stadtverordnetenversammlung
  - Die regelmäßige Pflege des Maintaler Frauenhains durch den städtischen Betriebshof
- Gewerbe und Beruf:
  - Beratung und Unterstützung von Betrieben mit aktiver Frauenförderung (durch die kommunale Wirtschaftsförderung)
  - Anwerben von Betrieben, die aktive Frauenförderpolitik betreiben
  - Aus- und Weiterbildungsangebote für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund
  - Ermunterung der Betriebe zur aktiven Teilnahme am Girl's Day

7 Weltoffenes Maintal

Es ist ein Wunsch vieler, gerade junger Menschen Weltbürger*in zu sein. Dazu muss man nicht nach New York oder Tokio reisen: Auch Maintal ist bunt, hier leben Menschen aus vielen Nationen und das schon seit vielen Jahrzehnten friedlich mit-, aber oft auch nebeneinander.

7.1 Gegen Ausgrenzung und Rassismus

Wir treten dafür ein, alle in Maintal lebenden ethnischen Gruppen in ihrer kulturellen Vielfalt und Unterschiedlichkeit anzuerkennen und wertzuschätzen. Unsere Politik zielt darauf ab, das Leben in der Gemeinschaft zu fördern und die Integration zu unterstützen. Dabei informieren wir aktiv über unsere Menschen- und Freiheitsrechte, wie die Gleichberechtigung von Frauen, Gewaltenteilung und die demokratischen Grundrechte.

Wegsehen und Ignorieren hilft nicht

Wurde das Programm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Kommunalwahl 2016 unter der damals aktuellen Entwicklung der vermehrten Zuwanderung von **Flüchtlinge**n geschrieben, so können wir heute feststellen, dass Maintal die Menschen, die in der Zeit von 2015 bis 2016 zu uns gekommen sind, gut aufgenommen und integriert hat.

Dies ist nicht zuletzt auch dem **bürgerschaftlichen Engagement** vieler Menschen, die sich in Maintal ehrenamtlich engagiert haben, zu verdanken. Die Zusammenarbeit zwischen haupt- und ehrenamtlicher Politik sowie den im Arbeitskreis (AK) Asyl aktiven Menschen, aber auch vieler anderer Organisationen, haben hier viel geleistet.

Die große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung, das große Engagement vieler freiwilliger Helfer*innen der Hilfsorganisationen sowie vieler weiterer Ehrenamtlicher waren und sind eindrucksvolle Zeichen der vorherrschenden Willkommenskultur und der Vielfalt in unserer Stadt.

Allerdings hat uns gerade das Jahr 2020 sehr schmerzhaft und nahe gezeigt, dass **Rassismus** in Deutschland, aber auch unmittelbar vor unserer Haustür weit in unserer Gesellschaft verbreitet ist und auch „immer gesellschaftsfähiger“ wird:

- Das abscheuliche Attentat am 19.02.2020 in unserer Nachbarstadt Hanau hat uns alle sprachlos gemacht.
- Rassismus fängt nicht erst mit Gewalt an. Rassismus beginnt da, wo Menschen beispielsweise aufgrund ihres Aussehens, ihrer vermeintlichen Herkunft oder einer Religionszugehörigkeit anders behandelt, ausgegrenzt oder diskriminiert werden.
- Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Rassismus zu bekämpfen und ein diskriminierungsfreies Umfeld zu schaffen. Dafür brauchen wir eine breite und dauerhafte gesellschaftliche wie staatliche Mobilisierung.

Politik, auch und gerade Kommunalpolitik, muss hier handeln und sich entschieden gegen jegliche Art von Diskriminierung zur Wehr setzen.

Die Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit zur Demokratiestärkung, gegen Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit muss als eine Daueraufgabe nachhaltig gestaltet und finanziell strukturell abgesichert werden. Dies beginnt immer in der Kommune, weil hier die unmittelbaren Erfahrungen zwischenmenschlichen Umgangs gelernt und gelebt werden.

Neben dem aktiven städtischen Engagement für Demokratie und gegen Ausgrenzung und Rassismus hat uns aber auch die **Coronakrise** bildungspolitische Folgen gezeigt. Viele sind aus verschiedensten Gründen nicht oder nur eingeschränkt in der Lage mit den „fremden" Bildungsangeboten (Home schooling) ohne Unterstützung und Hilfen „klar zu kommen."

Deshalb halten wir es für absolut notwendig, hier zu neuen Konzepten und Angeboten zu kommen, damit der Einfluss der sozialen Herkunft auf die **Bildungschancen** nicht noch größer, besser wieder geringer wird.

Das geht nur in einem Miteinander der verschiedensten Akteure*innen. Hier kann die Stadtverwaltung mit ihren unterschiedlichen Fachbereichen einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung und Kooperation leisten.

7.1.1 Was wir erreicht haben

- ✓ Menschenwürdige Unterbringung der Asylbewerber*innen in winterfesten Gebäuden und geschlechtergerechte Betreuung
- ✓ Mitwirkung beim Bundesprojekt „Willkommen bei Freunden"
- ✓ Vernetzung von Organisationen und Institutionen mit dem Fokus „Integration"
- ✓ Neuauflage des Projektes „Wir lernen Deutsch" in städtischen Kitas
- ✓ fremdsprachige Medien in den Büchereien
- ✓ Unterstützung des Schönfeldforums
- ✓ Verabschiedung der Maintaler Leitlinien zur Integration durch die Stadtverordnetenversammlung im Aug. 2019 auf Betreiben der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- ✓ Schaffung der Stelle einer Integrationsbeauftragten bei der Stadtverwaltung

7.1.2 Was wir wollen

- ⚠ Beratung von Migrant*innen über die Möglichkeiten der Einbürgerung
- ⚠ humanitären und juristischen Beistand zur Unterstützung bei drohender Abschiebung, besonders für Härtefälle mit langjährigem Aufenthalt bzw. erfolgreicher Integration
- ⚠ Unterstützung der Arbeit eines demokratisch gewählten Ausländerbeirats
- ⚠ Sprache, Integration und Beruf:
  - o Ausbau und Bestandsgarantie für die Aktivitäten und Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache in Kindertageseinrichtungen und Schulen

- Hausaufgabenhilfen und ähnliche Unterstützung für Kinder mit Migrationshintergrund, auch durch Angebote in den städtischen und kirchlichen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche
- Verstärkte Information und Förderprogramm, um insbesondere junge Menschen mit Migrationshintergrund für den Beruf der Erzieher*innen und in der Pflege zu interessieren
- Ausbildungsplätze für jugendliche Ausländer*innen
- (mehr) Migrant*innen in die kommunale Verwaltung
- Organisationen, Vereine und Initiativen unterstützen, die sich um Verständigung und Integration bemühen, z. B. Förderung multikultureller Projekte (Tanz, Theater, Musik, Diskussionsforen)

⚠ Darüber hinaus:

- fremdsprachige Medien in den Stadtbüchereien ausbauen
- Angebote für Senior*innen mit Migrationshintergrund
- Beratungsnetzwerk „Migrant*innen für Migrant*innen“ aufbauen bzw. unterstützen

⚠ Den ehrenamtlichen Helfer*innen soll jegliche Unterstützung, insbesondere durch den hauptamtlichen Magistrat sowie durch die Stadtverwaltung Maintal zuteilwerden: Ohne ehrenamtliches Engagement ist die Integration viel schwerer zu erreichen.

⚠ Kommunales Wahlrecht für alle Menschen, auch für Nicht-EU-Bürger*innen mit Bleiberecht.

8 Kinder

Nach Betrachtungen der frühkindlichen Bildung und der Schulen - mit der zugehörigen (Nachmittags-) Betreuung - endet dieses Kapitel mit unseren Zielen für die städtischen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit

8.1 Frühkindliche Bildung

Kinderbetreuungseinrichtungen sind nach unserem Selbstverständnis „Orte des Lernens“, somit Bildungseinrichtungen.

Bildung ist der Schlüssel zur selbstbestimmtem Lebensgestaltung

Bildung befähigt Menschen dazu, ihre Potentiale und Interessen zu entwickeln. Dem Stellenwert der frühkindlichen Bildung in Kinderbetreuungseinrichtungen kommt eine immer wichtigere Rolle zu. Unterschiede bei den sozialen Voraussetzungen werden vor allem durch eine qualitative hochwertige Bildung und Betreuung in Kitas und Schule ausgeglichen.

Investitionen in unsere Bildungseinrichtungen sind somit wichtige Investitionen in die Zukunft unserer demokratischen Gesellschaft. Bei der Kinderbetreuung hatte und hat Maintal eine Vorreiter- bzw. Vorbildrolle: Eine Maintaler Einrichtung wurde in 2018 zur besten Kitas Deutschland gewählt. Somit ist die Arbeit in unseren Kinderbetreuungseinrichtungen ein Leuchtturm.

Doch hier gilt es, sich nicht auf den Lorbeeren auszuruhen. Nach wie vor stehen wir vor dem Problem, den gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nicht garantieren zu können. Nach wie vor fehlen die erforderlichen Fachkräfte. Nicht besetzte Stellen im Elementarbereich begleiten uns seit Jahren.

Lebenswelten von Familien und Kindern ändern sich permanent und es ist und bleibt vorrangige Aufgabe, das Angebot sowohl quantitativ als auch qualitativ so zu gestalten, dass die Bildung und Betreuung weiterhin auf einem qualitativ hohen Niveau angeboten werden kann.

8.1.1 Was wir erreicht haben

- ✓ Erhalt und Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes in Maintal, insbesondere der Bau und die Eröffnung einer neuen Einrichtung im Stadtteil Hochstadt
  - Bei Ausweisung neuer Wohngebiete werden Betreuungsangebote für Kinder von Anfang mit geplant und zügig realisiert (Beispiel: neue Kita an der Eichenheege, Kita Rhönstraße sowie eine weitere Kita in Wachenbuchen mit Bebauung des Gebietes „Am Berghof)
  - Mit dem Bau und der Eröffnung der Kita Eichenheege wurde ein weiterer wichtiger Schritt zur Vernetzung der Kindestagespflege und den Kinderbetreuungseinrichtungen umgesetzt
  - Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter 3 Jahren
  - Sicherung der Qualität der Tagespflege durch Qualifizierung der Tagespflegepersonen

✓ Verbesserung der kinder- und familienfreundlichen Infrastruktur in Maintal

✓ Fortschreibung des Leitbildes für ein familien- und kinderfreundliches Maintal

✓ Langfristige Unterstützung von Lawine e. V.

8.1.2 Was wir wollen

⚠ Ferienspiele erhalten und ausbauen

- Beibehaltung des Ferienpasses für Kinder von 6 bis 12 Jahren – mit sozialer Preisgestaltung
- Teilnahme auch für Flüchtlingskinder
- Sichere Fahrradwege und Schulwege

⚠ Mehr und gut ausgestattete, gepflegte Spielflächen:

- Angemessene finanzielle Ausstattung für Spielplätze in Maintal
- Umsetzung des Spielflächenentwicklungsplanes
- Schaffung eines öffentlichen Spielplatzes im Entwicklungsgebiet Dörnigheim Mitte
- Rückgewinnung öffentlicher Flächen und Plätze für allgemeine Nutzung
- Verwendung der Erkenntnisse des Modellprojektes „Orte für Kinder“
- Finanzielle Unterstützung der „Kinder- und Jugendfarm Maintal

⚠ Politik und Verwaltung:

- Schnellstmögliche Besetzung der vakanten Stelle eines*r Kinderbeauftragten und Einbindung in die politischen Entscheidungsgremien
- Schaffung politischer Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder/ Partizipation von Kindern in altersgerechter Form
- Kinderfreundlichkeitsprüfung für alle Pläne einführen, die Kinderinteressen berühren

⚠ Vorschulische Kinderbetreuung:

- Ausbau der Öffnungszeiten in den städtischen Kitas (bedarfsgerechte Öffnung)
- Weiterer Ausbau der Tagespflege
- Weitere Vernetzung städtischer Einrichtungen zur Kinderbetreuung mit Angeboten von Senior*innen, z. B. Patenschaften/Großelternservice, handwerkliche Projekte
- Aktualisierung und Umsetzung der Ziele der Zukunftswerkstatt „Kinder- und familienfreundliches Maintal“
- Laufende Fortschreibung / Anpassung des Leitbildes an veränderte Strukturen / Bedingungen
- Konsequenter Ausbau unserer Kinderbetreuungseinrichtungen in Familienzentren
- Erhöhung des Kita-Personalschlüssel, Reduzierung der Gruppenstärke
- Kontinuierliche Weiterbildung aller pädagogischen Fachkräfte der Stadt Maintal
- Evaluierung der Betreuungsqualität

8.2 Schulen und (Nachmittags-)Betreuung

Wir unterstützen alle Maintaler Grundschulen in der Weiterentwicklung zu Ganztagsschulen im Pakt für den Nachmittag. Dabei setzen wir auf das kooperative Miteinander der verschiedenen Professionen und Akteure*innen.

Kinderbetreuung ist auch Familienförderung

Der Grundstein für die Bildung wird in den jungen Jahren gelegt. Eine Umsetzung des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans erfordert Angebote von Anfang an - und damit eine Vernetzung von Kindertageseinrichtungen, schulischen Betreuungsangeboten und Grundschule. Deshalb muss in den Betreuungseinrichtungen und Grundschulen ein eng verzahntes und auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmtes Angebot gemacht werden, das allen Schülerinnen und Schülern - unabhängig von Herkunft und Einkommen der Eltern - den Einstieg in eine erfolgreiche Bildungsbiografie ermöglicht.

Betreuungsmöglichkeiten für Grundschulkinder werden von berufstätigen Eltern stark nachgefragt oder werden aus Jugendhilfesicht zunehmend benötigt. In Zukunft sollen Erziehung, Bildung und Betreuung orientiert am Kind und organisiert an einem Standort ganztägig realisiert werden.

- Unterschiedliche Talente und Fähigkeiten von Kindern werden in Gruppen besser gefördert
- Ganztägig arbeitende Schulen können mehr qualifizierte Angebote machen, die den Regelunterricht vertiefen, ergänzen und erweitern:
  - für alle Kinder, unabhängig von sozialen und finanziellen Rahmenbedingungen
  - hochbegabte Kinder und lernschwache Kinder werden gleichermaßen gefördert
  - soziales Lernen rückt durch gemeinsame Aktivitäten stärker in den Mittelpunkt
  - die Beteiligung von Schüler*innen wird gestärkt
- Durch Kooperation mit externen Partnern (Sportvereine, Musikschulen, Familienberatungsstellen, Jugendhilfeeinrichtungen u. a.) wird eine stärkere Vernetzung im Sozialraum gefördert und die Verantwortung aller am Bildungs- und Erziehungsprozess Beteiligten gestärkt.

Diese „neue/andere Art des Denkens“ bedeutet, dass alle Beteiligten (Erzieherinnen, Vereine, Betreuungsvereine, Schule, Schulträger) sich auf gemeinsame Ziele verständigen:

- Entwicklung eines abgestimmten Systems von Bildung, Betreuung und Erziehung
- Gründung eines Gesamtelternbeirates, in dem Vertreter*innen aller Institutionen zusammenkommen und somit die Kooperation vorangetrieben werden kann
- Durch Mehrfachnutzung ein effizienterer Gebrauch der bereits vorhandenen Ressourcen
- Aufbau kommunaler Bildungslandschaften (Vernetzung von Kita, Schule und Vereinen) in den Stadtteilen sowie der Gesamtstadt
- Öffnung der Schulen für / in die Stadtteile
- Finanzielle Beteiligung und Unterstützung der Stadt Maintal bei weiterem Ausbau von
- Betreuungsangeboten an Maintaler Grundschulen

- Aktive Umsetzung landespolitisches Projekt „Pakt für den Nachmittag“ (Weiterentwicklung der Maintaler Grundschulen zu Ganztagsschulen).
- Übernahme der Trägerschaft für die Maintaler Grundschulen
- Unterstützung weiterführender Schulen beim Ausbau zu Ganztagsschulen
- Erhalt der Projektzuschüsse für Maintaler Schulen

8.3 Städtische Einrichtungen der Kinder-/Jugendarbeit

- Umsetzung des Stadtverordnetenbeschlusses „Anwendung von Gender in den städtischen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit“, mehr Männer als Erzieher
- Weiterentwicklung der städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen zu Kinder- und Familienzentren durch Einbeziehung weiterer Akteure,
- Projekte und sonstige Betreuung:
  - Weiterführung / Ausbau der erfolgreichen Kinderclubs in Dörnigheim und Bischofsheim
  - Förderung und Beratung bei Schaffung betrieblicher Kinderbetreuungsplätze
- Umsetzung „Hessischer Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren“
- Erhalt und Ausbau des Drogenpräventionsprojektes „Das kleine ich bin ich”

Nur wer Chancen bekommt, kann Chancen nutzen

9 Jugend

Die Jugend hat uns die Erde nur geborgt

9.1 Allgemeines zur Jugendpolitik

Die Förderung und der Schutz von Kindern und Jugendlichen liegt den GRÜNEN besonders am Herzen. Unsere zentralen Anliegen sind:

- Stärkung von Teilhabe
- Geschlechtersensible, inklusive Jugendarbeit
- Bekämpfung von Jugendarmut und sozialer Benachteiligung
- Förderung von Chancengleichheit, insbesondere im Bereich Bildung

Durch **Kreativität und Neugier, gepaart mit kritischem Denken**, tragen junge Menschen maßgeblich zu einer offenen, demokratischen Gesellschaft bei. Ihr Idealismus und Tatendrang geben häufig Anstoß für notwendige politische und strukturelle Veränderungen. Dies wird aktuell in der **Fridays-for-Future-Bewegung** besonders deutlich. Junge Menschen sind deshalb wertvolle, bereichernde Mitglieder unserer Gemeinschaft.

Der Anteil, in dem Kinder und Jugendliche sich einbringen können, ist dabei in hohem Maß abhängig von verantwortlichen Erwachsenen und zuständigen Institutionen. Junge Menschen selbst haben eingeschränkte Rechte und begrenzten Zugriff auf Informationen und Mittel. Die Folgen dieser direkten Abhängigkeit sind in Maintal besonders sichtbar; auch hier spielen die Herkunft, der Bildungsgrad der Eltern und die finanzielle Lage der Familie eine zentrale Rolle für den Werdegang von Kindern und Jugendlichen.

Dieser Abhängigkeit entgegenzuwirken, ist unserer Auffassung nach eine zentrale Aufgabe von Politik. Insbesondere Kommunalpolitik kann hier Einfluss nehmen: Kinder, Jugendliche und auch Eltern benötigen auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene **Anlaufstellen**.

In Maintal gibt es bereits qualifizierte Angebote. Ihr Ausbau ist jedoch dringend erforderlich, um den sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und Schwierigkeiten unserer Kinder und Jugendlichen angemessen zu begegnen.

Auf Initiative der Maintaler GRÜNEN wurden mit Jugendlichen jugendpolitische Leitlinien erarbeitet und im Stadtparlament beschlossen. Leider wurden die sich daraus ergebenden Handlungsempfehlungen bis heute nicht umgesetzt.

9.1.1 Was wir wollen

⚠ Aktualisierung der jugendpolitischen Leitlinien mit Jugendlichen

⚠ Anpassung der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit in Maintal

- Ausbau der Jugendhilfestationen
- Unterstützung des Jugendprojektes „Railway“ in Maintal-Dörnigheim
- Unterstützung und Begleitung von Projekten, die Jugendliche im Rahmen von Stadtleitbildprojekten verwirklichen wollen
- Beratung und Begleitung der Vereine, die Jugendarbeit betreiben, durch den städtischen Fachdienst „Jugendarbeit“
- Angebote für Jugendliche und Eltern zum Thema „Sucht im Netz“
- Erhalt der Drogenberatung in Maintal
- Wiedereinführung des kommunalen Wahlrechts für Jugendliche ab 16
- Demokratiewerkstätten für Jugendliche in Kooperation mit den Schulen in Maintal

9.2 Kommunale Jugendarbeit während und nach der Corona-Krise

Die Coronakrise hat das Leben in Maintal und auch die Rahmenbedingungen und Themen für eine **selbstständige Jugendpolitik** verändert. Die Herausforderungen werden erst nach und nach sichtbar. Wesentliche Leidtragende des Ausnahmezustands sind vor allem junge Menschen.

In der jetzigen angespannten Situation sind junge Menschen in ihrer freien Entfaltung eingeschränkt. Viele Treffpunkte und Möglichkeiten der Freizeitgestaltung sind den Beschränkungen zum Opfer gefallen: Geschlossene Jugendclubs, abgesagte Jugendbildungsveranstaltungen, eingeschränkte Versammlungsmöglichkeiten in den eigenen Bezugsgruppen, fehlende ehrenamtliche Aktivitäten vom Sport bis zur Feuerwehr. Diese Möglichkeiten der Begegnung sind jedoch gerade für junge Menschen besonders wichtig. Erste Studien zeigen außerdem, dass das oben beschriebene Problem der **sozialen Ungleichheit** und der daraus resultierenden Chancenungleichheit sich durch die Krise weiter verschärft hat. Hinzu kommen akute ökonomische und soziale Problemlagen, z. B. durch unsichere Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse.

Auch in Maintal wird zudem von jungen Menschen häufig das Bild gezeichnet, dass sie sich in der Krise besonders „unvernünftig“, d. h. nicht regelkonform verhalten. Tatsache ist, dass immer noch eine Vielzahl junger Menschen sich in der aktuellen Situation solidarisch zeigt und dort, wo sie gebraucht wird, Unterstützung leistet. Diese reicht von der Nachbarschaftshilfe über technischen Support bis zum Engagement als Gruppenleiter*innen oder Aktive in Sport- und Kulturvereinen - dort wo es trotz Krisensituation noch möglich ist. Viele sind aber auch ihrer bisherigen Aktivitäten beraubt und suchen in der Krise nach anderen und neuen Kontakten und Aktivitäten.

Die GRÜNEN setzen sich daher dafür ein, dass in den kommenden Jahren die Folgen der Corona-Krise für junge Menschen genauer in den Blick genommen werden. Ein geeignetes Instrument könnte ein kommunaler Jugendkongress in Maintal sein, der Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation junger Menschen in Maintal entwickelt und umsetzt.

Damit wollen die Maintaler GRÜNEN die teilweise dramatische Veränderung der Lebenssituation der Jugendlichen deutlich machen und **Partizipation und Selbstorganisation stärken**. Egal ob Schule, Jugendclub oder Wohnviertel: Jugendliche wissen, was sie brauchen und haben ein Recht mitzureden.

10 Senior*innen

Die geburtenstarken Jahrgänge 1955 bis 1970 („Baby-Boomer“) kommen nun nach und nach in das Rentenalter. Selbst wenn neue Wohngebiete weiter junge Familien zum Zuzug nach Maintal bewegen, wird die Zahl der über 65jährigen auch in Maintal stark ansteigen.

Den demographischen Wandel begreifen wir als Chance

10.1 Allgemeines zu Senior*innen

Als Rentner*in ist man nicht automatisch alt und gebrechlich. Dennoch ändern sich die Lebensumstände: Viele bisherige Pendler werden ihren Lebensmittelpunkt nach Maintal verlagern. Wer jetzt noch in Frankfurt arbeitet, nutzt die Mainmetropole z. B. auch für Einkäufe und kulturelle Angebote. Auch Maintaler Ruheständler werden das in Wohnortnähe suchen.

Die Bedeutung von „**Wohnen im Alter**“ steigt auch in Maintal mit der wachsenden Zahl an Senior*innen. Es gibt viele Konzepte, z. B. Mehrgenerationenhäuser (mehrere Generationen unter einem Dach), älter gewordene Singles mit einem gewachsenen Freundeskreis, sozial und/oder politisch engagierte Senior*innen und vieles mehr. Um möglichst viele Varianten zu ermöglichen, müssen Senior*innen ihre Vorstellungen aktiv gegenüber Politik und Verwaltung artikulieren.

Wie soll **senior*innengerechte Mobilität** aussehen? Carsharing, eBike-Stromtankstellen, verbesserte Fahrradwege zwischen den Ortsteilen und natürlich die Nordmainische S-Bahn gehören dazu, ebenso der Ausbau des ÖPNV-Angebots. Insgesamt ein Verkehrskonzept, das ältere Menschen stärker in den Fokus nimmt, z. B. mit einer Entschleunigung des Verkehrs und besserer Beleuchtung, um Senior*innen eine ungefährdete Teilnahme am Verkehrsgeschehen zu ermöglichen.

Die Aktivitäten der „Unruheständler“ sind schon heute für unsere Kommune unverzichtbar geworden. Auch Einzelhandel und Gastronomie können von einer steigenden Nachfrage nach **wohnortnahen Angeboten (Einkaufen, Freizeit, Kultur, ...)** profitieren. Verwaltung, Gewerbevertreter, Stadtleitbildgruppen und Bürgerschaft sollten gemeinsam Ziele für „Maintal 2030“ definieren.

10.1.1 Was wir wollen

- Erarbeitung eines Leitbildes für eine zukunftsorientierte Senior*innenpolitik unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung
- Wohnen für Ältere:
  - Bereitstellung alters- bzw. behindertengerechter Wohnungen im sozialen und/oder genossenschaftlichem Wohnungsbau
  - Unterstützung bei der Umsetzung des Projektes „Mehrgenerationenwohnen“ in Maintal
  - Weitere Projekte des „Betreuten Wohnens (Wohnung mit Service)“ in ganz Maintal (Berücksichtigung solcher Projekte bei der Ausweisung neuer Wohngebiete)

- Sonstige Angebote für Ältere:
  - Erhalt des Senior*innen Office der Stadt Maintal
  - Fortführung des städtischen Senior*innenprogramms
- Barrierefreies Maintal, insbesondere beim öffentlichen Personennahverkehr und im öffentlichen Raum (z. B. Bordsteinabsenkung, Rampen)
- Vernetzung städtischer Einrichtungen zur Kinderbetreuung mit Angeboten von bzw. für Senior*innen, z. B. Großelternpatenschaft/-service, gemeinsame Aktivitäten Alt + Jung
- Bewegungsangebote für Alt + Jung, z. B. in der grünen Mitte oder am Mainufer
- Im Rahmen kommunaler Bauprojekte das Angebot von Wohnungen für Ein- und Zweipersonenhaushalte berücksichtigen
- bedarfsgerechte Unterstützung für Senior*innen mit Migrationshintergrund (Mentor*innenprogramm)

10.2 Kommunale Dienstleistungen, medizinische Versorgung

Kommunale Dienstleistungen sollten an einem per ÖPNV, Fahrrad und PKW gut erreichbaren Standort angeboten werden. Wir haben uns bereits für den Bahnhof Maintal Ost als Standort für den zentralen **Stadtladen** ausgesprochen, weil er diese Voraussetzungen erfüllt. Wir stehen zu der mehrheitlich beschlossenen Haltung der Maintaler Stadtverordneten, ein kommunales Dienstleistungszentrum am Bahnhof Maintal Ost zu errichten, das für alle Bürger*innen gut erreichbar ist.

Zusätzlich könnte hier auch ein **Angebot für die ärztliche Versorgung** entstehen, das wäre bei der von der hier aktiven Stadtleitbildgruppe „Maintal Entree“ vorgeschlagenen Gestaltung des Geländes möglich: Die kassenärztliche Vereinigung (KV) unterstützt die Gründung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ), das sind Praxisgemeinschaften von Allgemeinmedizinern und Fachärzten.

Der Magistrat soll beauftragt werden, mit der KV und den Maintaler Ärzten über die Gründung eines weiteren MVZ oder eine Beteiligung am bestehenden MVZ verhandeln. Insbesondere jüngere Ärzt*innen wollen gemeinsam gestalten, sich mit Kolleg*innen austauschen und vorzugsweise geringere wirtschaftlichen Risiken eingehen. Für sie ist die kommunale Gemeinschaftspraxis oft das favorisierte Modell. Darüber hinaus ist eine kommunale Beteiligung die einzige Möglichkeit für eine Kommune, aktiv die Ansiedlung von Arztpraxen zu betreiben.

10.2.1 Was wir erreicht haben

- ✓ Aufstellung einer Packstation am Parkplatz Maintalhalle (Nr. 113; Berliner Str. 64)

10.2.2 Was wir wollen

- Bau eines Dienstleistungszentrums Bahnhof Maintal Ost inkl. Stadtladen
- Medizinisches Versorgungszentraum am Bahnhof Maintal Ost, ggf.in kommunaler Trägerschaft unter Nutzung möglicher Zuschüsse
- Aufstellung einer weiteren Packstation, jetzt am Bahnhof Maintal-Ost

11 Finanzen / Wirtschaft

Defizite, weitere Schuldenaufnahme und Leistungseinschränkungen haben die Politik in Maintal in den Jahren nach der Finanzkrise bestimmt. Hauptursache waren drastisch gesunkene Einkommenssteuer- und Gewerbesteuererträge und neue Pflichtaufgaben, z. B. bei der Kinderbetreuung (U3).

Der Maintaler Haushalt hatte dank Konsolidierung und der Erhöhung kommunaler Steuern eine positive Entwicklung genommen und war in den letzten Jahren ausgeglichen. Die erwirtschafteten Überschüsse wurden genutzt, während der Finanzkrise abgebautes Eigenkapital wieder auf den ursprünglichen Stand zurückzuführen. Damit ist Maintal in der Lage, die durch die Coronapandemie ausgelöste Wirtschaftskrise zu verkraften und mit Hilfe der Finanzhilfen von Bund und Land weiter in die Infrastruktur einer wachsenden Stadt im Rhein-Main-Gebiet zu investieren.

Zwischen Umwelt und Wirtschaft gehört kein „oder"

Laut einer Statistik des Landes lag die Pro-Kopf-Verschuldung Maintals am Ende des Jahres 2019 mit rund 1.615 € pro Kopf in einem Bereich, der mit Kommunen ähnlicher Größe absolut vergleichbar ist. Dabei handelt es sich ausschließlich um Kredite für Investitionen, es wird also ein Gegenwert geschaffen.

- Kassenkredite, vergleichbar mit einem Dispositionskredit im Privatbereich, mussten nicht in Anspruch genommen werden.
- Der Ergebnishaushalt bleibt ausgeglichen.
- Der Schuldenstand liegt bei etwa 60% des Haushaltsvolumens, eine durchaus vertretbare Größenordnung. Privatleute verschulden sich oft mit dem Mehrfachen ihres Jahreseinkommens, wenn sie beispielsweise eine Immobilie erwerben.

11.1 Ausblick Finanzen

Die GRÜNEN sehen die öffentliche Hand in der Pflicht, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für Anreize zu sorgen, anstatt die Wirtschaft durch Sparmaßnahmen zusätzlich zu belasten. Der alte Satz „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not" hat nichts von seiner Richtigkeit verloren und nach der Erfüllung des ersten Teils in den letzten Jahren soll nun auch die zweite Hälfte eingehalten werden.

Wir wollen dafür sorgen, dass unsere alten und neuen Bürger*innen auch in der Zukunft in einer Stadt leben, die ihnen ein lebenswertes Umfeld anbietet. Dringend notwendige Investitionen in unsere städtische Infrastruktur dürfen gerade jetzt nicht auf die lange Bank geschoben werden!

Die derzeitige Krise darf kein Anlass sein, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Das Bürgerhaus Bischofsheim, das Schwimmbad, die Instandhaltung von Straßen und Kanalisation – darauf werden die Maintaler Einwohner*innen sicher kaum verzichten können und wollen.

Die kommunale Infrastruktur muss verbessert und ökologisch ausgerichtet werden.

Die niedrigen Kapitalmarktzinsen machen **notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur** möglich, ohne den Haushalt übermäßig zu belasten. Die derzeit niedrigen Zinsen sind ein weiteres Argument, Investitionen jetzt zu tätigen.

Im Jahr 2008 lag der Zinssatz für Baufinanzierungen bei rund 5%, derzeit bei unter 1% - auch bei einer Zinsbindung von 10 Jahren und länger. Ein Zehn-Millionen-Kredit mit 2% Tilgung hätte im Jahr 2008 damit im ersten Jahr Zinszahlungen in Höhe von 500.000 € ausgelöst, aktuell wären das 100.000 €. Verbunden mit einer Tilgungsleistung von 200.000 € stehen damit ehemals 700.000€ Belastung nun nur 300.000 € gegenüber.

Die Verschiebung von Investitionen in die Zukunft bei möglicherweise höheren Zinsen würde zu höheren Belastungen des kommunalen Haushalts führen. Das kann nicht im Interesse der Allgemeinheit sein.

Die **Belastung künftiger Haushalte und Generationen** ist ein Thema, das auch einmal einen anderen Blickwinkel verdient hätte: Der gerne wiederholten Formel der Schulden, die wir den kommenden Generationen aufbürden, wollen wir entgegenhalten: Infrastruktur, die wir heute schaffen, wird von Bürger*innen genutzt werden, die zum Teil noch nicht in Maintal wohnen oder gar nicht geboren sind. **Mit der Finanzierung durch Kredite werden die Kosten auf die Nutzungsdauer verteilt** und damit auch auf die Nutzer*innengenerationen. Bürger*innen, die erst später nach Maintal ziehen oder erst noch geboren werden, tragen also einen Teil der Last für die von ihnen genutzte Infrastruktur. Werden Investitionen aus Rücklagen finanziert, handelt es sich dagegen um Steuermittel, die von den Steuerzahlern in der Vergangenheit aufgebracht wurden. Hier gilt unter Umständen das Umgekehrte, nämlich, dass die Steuerzahler*innen der Vergangenheit die von ihnen finanzierten Strukturen möglicherweise nur kurz oder gar nicht nutzen werden. Überspitzt ausgedrückt: Niemand baut ein Haus, um es danach zu verschenken, wenn es nicht gerade die eigenen Nachkommen sind. Insofern ist die Finanzierung von Infrastruktur mit Hilfe von Krediten durchaus auch ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit.

Unter den gegebenen Voraussetzungen kann es sein, dass unsere Zielsetzungen aktuell zu einem Haushaltsdefizit führen. Mittelfristig wird es unser Ziel bleiben, dass Maintal einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen kann.

Schließlich schlagen wir zur Finanzierung und transparenten Darstellung ressourcenschonender Investitionen die Einrichtung einer Intracting-Kostenstelle vor:

- Intracting ist ein Finanzierungsinstrument, das für die Realisierung von Maßnahmen zur Einsparung von Energie (Strom, Wärme) oder anderen Ressourcen eingesetzt wird. In der Praxis findet Intracting hauptsächlich in Haushalten der öffentlichen Hand statt.
- Das Prinzip des Intracting ist die Finanzierung aus sich selbst mittels der durch die energetischen Maßnahmen eingesparten Geldmittel. Dazu ist es erforderlich, einen besonderen Haushaltsposten zu bilden, der mit einer einmaligen Anschubfinanzierung ausgestattet wird. Mit dieser werden erste Maßnahmen finanziert, die mit der Zeit zu Kosteneinsparungen führen. Die Differenz aus den vorher und nachher aufgewendeten Energiekosten wird dem Topf gutgeschrieben. Damit können dann wieder neue Maßnahmen finanziert werden und auch die Anschubfinanzierung mit der Zeit amortisiert werden.

11.1.1 Was wir erreicht haben

✓ Leistungskürzungen wurden vermieden
✓ seit mehreren Jahren Haushaltsüberschüsse
✓ Ausbau der kommunalen Infrastruktur, insbesondere für Familien

11.1.2 Was wir wollen

⚠ Nachhaltig ausgeglichene Haushalte
⚠ Steigerung der Einnahmen aus Ertragssteuern, z. B. durch kreative, intelligente Anreizsysteme bei der Gewerbeansiedlung
⚠ Investitionen zur Modernisierung bzw. Erneuerung maroder sowie Aufbau fehlender Infrastruktur (z. B. Straßenbau, Ver- und Entsorgungsleitungen für Strom, Gas, Wasser, Internet) und in den (sozialen) Wohnungsbau
⚠ Förderung energetischer Sanierungen und altersgerechten Umbaus im Wohnbestand
⚠ Weiterführung der Bürgerbeteiligungsprozesse, Konkretisierung von Regeln und Mitwirkungsmöglichkeiten
⚠ Ausbau von Infrastruktur für eine wachsende Stadt (Schwimmbad, Kinderbetreuung, ÖPNV, Dienstleistungszentrum).
⚠ Ausbau des Maintaler Radwegenetzes
⚠ Einrichtung einer Intracting Kostenstelle